

Saale-Zeitung.

48. Jahrgang.

Anzeigen werden die 6 Spalten ...

Ercheidet täglich ...

Schriftleitung und Druck ...

Bezugpreis für Halle ...

Nr. 76.

Halle, Sonnabend, den 14. Februar

1914.

Der Wettbewerb auf dem südamerikanischen Markte.

Von Dr. Paul Kohrbach.

Die Nichtbeteiligung Deutschlands an der Isthmisch-Panama-Ausstellung ...

Wer als Deutscher die wichtigeren Wirtschaftsländer Südamerikas besucht ...

Wer in Kalifornien oder Santiago de los Caballeros geht ...

Wendet man sich der Handelsstatistik zu ...

Fünftel beteiligt. In Peru war das Verhältnis ...

Der innere Unterschied zwischen England, England und den Vereinigten Staaten ...

Es ist ja eine bekannte Tatsache, deren Gründe hier nicht weiter erörtert werden sollen ...

Dort bekam es das gewünschte Kapital ...

Frankreich ist für die romanischen Völker Südamerikas in allen Kulturdingen das Ideal ...

Es mag nicht leicht erfreulich sein, sich die schwachen Seiten der eigenen Stellung und die Stärken der Konkurrenten auf diesem oder jenem Stück des Weltmarktes vorhalten zu lassen ...

Prinz Heinrich bei der Schaffermahlzeit.

Bei der Schaffermahlzeit, die in Bremen stets alles, was zur Schifffahrt in Beziehungen steht ...

Wir ist der ehrenvolle Auftrag geworden, dem Vordirektor zu danken für die Worte, die er über die Flotte gemeldet hat ...

Fuilleton.

Berliner Brief.

(Für und wider das Auto.)

Manchmal spielt der Zufall so, daß man glauben könnte, ein bewusster Wille bemüht sich, dem Zufall die Dinge dieser Welt zu transkribieren oder zu erläutern ...

Bekanntlich sind am Anfang der Woche zwei Zentrumsabgeordnete, beide bayerische katholische Arbeiter, in Berlin von einem Auto zu Boden gerissen und schwer verletzt worden ...

Zur selben Zeit ist, als im Abgeordnetenhause diese Klagen laut wurden, für den Kaiser seinen Lieblingsweg von Berlin nach Potsdam ...

meriwahmeister. Bei einer Straßenkreuzung kam das Automobil des Kaisers ungehindert um die Ecke ...

Dieses Auto-Elitempo ist aber, und hier kommt man zu dem Kern der für Berlin äußerst wichtigen Frage, keine den Fürsten allein vorbehaltenen Eigentümlichkeit ...

jeder Schnelligkeit befähigt wird. Es wird ja auf die Dauer gar keine andere Möglichkeit geben, als Führer und Fahrer zu trennen ...

Bern und die Schweizerische Landesausstellung.

Von Dr. A. Lützli.

Eine Schweizerische Landesausstellung in der Bundeshauptstadt Bern verdient entschieden weit über die Grenzen des Landes hinaus Beachtung ...

Niel zu wenig bekannt ist die wundervolle alte Fähringerstadt beim internationalen Kellepublikum ...

und Schußigkeit zu wird, brauche ich nicht erst zu sagen; aber wie das deutsche Volk auf sein Heer und seine Kriegsmarine mit Recht stolz ist, so kann es auch mit Recht stolz sein auf seine Handelsmarine. Und was der deutsche Seemann zu leisten imstande ist, davon weiß der Staat seit Norddeutscher Nordsee nach dem Bismarck'schen Staatsvertrag mit dem Reich. Das natürlich dem Bismarck'schen Staatsvertrag mit dem Reich. Das natürlich dem Bismarck'schen Staatsvertrag mit dem Reich.

Es, v. Rottkötter hielt es für angebracht, bei dieser Gelegenheit den Reichstag wegen seiner Haltung in der Jabern-Angelegenheit anzugreifen; er gleiche dem Peter Schlemihl, der vor seinem eigenen Schatten Angst habe. In Bremen, dessen Kaufmannschaft durchweg fortwährend gestützt ist, empfangt man diese Tatlosigkeit sehr peinlich.

Nieder die nächsten Reformen auf dem Gebiete des Strafprozesses und der Gerichtsverfassung

äußert sich Abgeordneter Müller-Weinigen in der neuen Nummer der „Deutschen Juristen-Zeitung“. Er hält es für unmöglich, mit den notwendigen Reformen bis zur allgemeinen Reform der Gerichtsverfassung zu warten, die etwa im Jahre 1925 fertig werden dürfte. Er schlägt daher den Weg spezieller Abhilfe vor, bei denen die Veroppelung der einzelnen Materien möglichst zu vermeiden sei.

Zunächst verlangt er die Abänderung der jetzigen konfessionellen Eidesformel für solche, die den Eid mit ihrer religiösen Überzeugung nicht vereinbaren können, die Frage der Vereinfachung des Zeugniswesens gegen Bekannte, die gerichtsverfahrensgesetzliche Frage der Zuziehung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenennamen, endlich die notwendige Regelung der Berufung gegen Urteile der Strafkammern. Alle anderen Fragen seien weniger dringlich. Hinsichtlich der einzelnen Punkte führt Dr. Müller aus, der Zwang zur Anrufung Gottes sollte nicht mehr in unsere Zeit; alle Parteien, denen die Erhaltung des religiösen wie jedes Wahrheitsbegriffes am Herzen liegt, müßten durch schleunige Abänderung des Gesetzes dem Zustande der gesellschaftlichen Anlehnung zur unwürdigen reservatio mentalis der Gerichtspraxis abhelfen. Ueber die Befreiung gegen den Zeugnispflicht der Bekannte seien sich die Kenner des modernen Verfahrens einig. Die Reichsregierung sei selbst der Ansicht und habe ihr in einer Kammerauskunft versprochen, daß der bisherige Zustand unhalbar sei, eine Eingangs zwischen Regierung und Parlament darüber hier keine zu großen Hindernisse im Wege stehen. Die Zuziehung der Lehrer zum Schöffen- und Geschworenendienst entspricht der Forderung der Mehrheit des Reichstages. Sie sei eine Konsequenz der beschlossenen Zuziehung der Lehrer als Jugendoffiziere. Die wichtigste Frage sei und bleibe die der Einführung der Berufung gegen die Strafkammerurteile erster Instanz; es müsse aber eine wirkliche Berufung ohne Verleserhöhung der ersten Instanz eingeführt werden. In einzelnen möge diese Frage manche Schwierigkeiten finden, bei der Überzeugung in allen politischen Lagern, daß die Berufung gegen Strafkammerurteile absolut nötig sei, müßten diese Schwierigkeiten aber zu überwinden sein.

Der Weinzoll.

Man schreibt uns: Eine neue Klüße im Zolltarif ist vor einiger Zeit entworfen worden, und schon sind viele Kreise dabei, um für ihre Vertretung bei der Aufstellung des nächsten Zolltarifs zu sorgen. So brachte vor kurzer Zeit die „Korrespondenz für Volkswirtschaft“ einen längeren Artikel, der sich mit dem demnächstigen Zolltarif befaßt und natürlich behauptete, daß dieser viel zu niedrig wäre und daß es unbedingt notwendig sei, gegenüber Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und einigen kleineren Weinausfuhrländern, einen anständigen Zolltarif für unsere Weinproduktion herauszufinden. Dieser ist eine absolute Voraussetzung für die weitere Entwicklung unserer Weinproduktion. Sollte er sich nicht erreichen lassen, dann müßten wir tatsächlich nicht, wofür wir dann eigentlich noch „nationale“ Handelspolitik treiben. Dann können wir uns gleich überhaupt dem Auslande ausliefern. Wenn der temperamentvolle Schreiber dieser Ausführungen einmal einen

betrachtet. Und doch verdient die von der grünen Erde reichend umflossene Landschaft mit ihren zahlreichen Bergzweigen aus dem Mittelalter allein schon einen längeren Besuch und eingehende Betrachtung. Die herrlichen alten Tore sind ebensoviele Meisterwerke mittelalterlicher Architektur, wie die vielen Brunnen mit ihrem Figurenschmuck solche der alten Steinbildner. Von den öffentlichen Gebäuden seien nur das alte Münster und das moderne Bundesgebäude genannt, zwei hochgeistliche und weltliche Gewalt, wie sie würdiger, feinerlicher und monumentaler auch in großen Reibungen nicht angetroffen werden.

Um die Altstadt gruppieren sich die modernen gebauten, Luft und Licht verschwendendsten Jutzit gebührenden Außenquartiere. Im Nordosten ist der dem mächtigen Berggartenwald, der die natürliche Grenze des Königreichs darstellt, das weite Neufeld dreifach angelegt. Ein ideales Ausstellungsgebäude wird man hiergibt finden. In einer Ausdehnung von 500 000 A., von denen 130 000 A. mit Ausstellungsgebäuden bedeckt werden, bietet das Neufeld insofern einen freien Raum auf einem hochproduktiven von allen seinen Teilen aus einen wunderbaren Ausblick auf die Berner Alpen. Vor sich im Sonnenlicht die strahlenden Zingipfel, zu Füßen das entzückende Stadtbild, hinter sich den mächtigen Waldeszug im frühen Grün des jungen Frühlings, und sich die gefälligen Klus- und Kaminbauten der Ausstellung, solche Eindrücke müssen an schönen Tagen dem Besucher unbeschreiblich werden.

Die Ausstellung umfaßt sieben Hauptgruppen: 1. Exposition, 2. Gewerbe, Industrie und Technik, 3. Handel und Verkehr mit Sport- und Touristik, 4. Staatswirtschaft und Volkswirtschaft, 5. Bergwesen, 6. Künste und Wissenschaften, 7. Internationale Bureaus, besonders hervorzuheben sind die 200 Meter lange Maschinenhalle, der Prachtbau der Schweizerischen Holzindustrie mit Mutterrestaurant und das Heimatsmuseum. Das letzte liegt geordnet auf dem höchsten Punkt des Geländes und macht mit seiner Kirche mit Pfarrhaus, seinem Bauernhof, dem Landhaus und seinen Arbeitsstätten der Heimtümlichkeit im Betrieb den Eindruck eines bodenständigen organischen Gebäudekomplexes. Der Stand der Arbeiten ist schon jetzt so weit gediehen, daß die Besucher bereits an dem auf Mitte Mai festgesetzten Eröffnungstermin ein festliches Gange nachsehen werden.

Bild in das neueste „Statistische Jahrbuch für das Deutsche Reich“ getan hätte, so hätte er auf Seite 148 finden können, daß jetzt schon der eingeführte ausländische Wein mit einem Zoll von 45 Kr., seines Wertes im Durchschnitt befreit ist. Bei den billigen Marken steigt die Zollbelastung sogar auf 100 Kr., und mehr des Wertes. Jeder Unbefangene wird das sicherlich als einen ganz „anständigen Zolltarif“ bezeichnen müssen. Der Verfasser irrt also vollkommen, wenn er meint, daß eine Verteuerung der ausländischen Weine den Abschlag der deutschen Gewinne haben zu können. Der Konsum deutscher Weine ist in den letzten Jahren deswegen etwas zurückgegangen, weil einmal die Ernten nicht sehr ergiebig waren und weil außerdem die übertriebenen Vorlesichten des Reichsgesetzes von 1909 das Verschneiden und das Zudern der Weine, das für viele deutsche Gewinne absolut notwendig ist, außerordentlich beschränkt haben. Wenn der ausländische Wein verteuert wird, so wird es dem Publikum durchaus nicht einfallen, nun zu den sauren, einheimischen Gewächsen zurückzugehen, sondern es wird statt Wein andere Getränke bevorzugen, und Weinhandel und Weinbau werden das Nachsehen haben. Alle Treiberereien auf Erhöhung der Weinzölle und womöglich noch spätere Vorlesichten für Weinbau und Weinhandel kommen immer nur den wenigen, in der Regel kapitalfrüchtigen Weingutsbesitzern zugute, welche heranzogende gute Qualitätsweine erzeugen und hierfür natürlich Liebhaberpreise erzielen können. Der kleine Winger aber wird durch diese Anmaßung genau so geschädigt wie der Weinhandel und der Weinkonsum.

Deutsches Reich.

Die Hauptpunkte der Bagdabbahnfrage geregelt.

London, 14. Februar.

Das Reichsamt meldet: In der Frage der Bagdabbahn sind die Hauptpunkte zwischen Deutschland und England geregelt, ebenso die Franzosen's Interessen beruhenden Hauptfragen. Es bleiben nur noch Einzelheiten zu regeln.

Allerhand Anträge.

Die Initiativanträge über den militärischen Waffengebrauch. Für Mittwoch nächster Woche ist die Reichstagskommission zur Beratung der von freimütigen und eifriger Seite eingebrachten Initiativanträge über das Recht des militärischen Waffengebrauchs in Friedenszeiten einberufen worden. Es heißt, das Kriegsministerium habe seine Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben, sich an den Verhandlungen zu beteiligen.

Zur Verminderung der Geburten. Im Reichstage ist, wie der „Volksanz.“ hört, von sämtlichen bürgerlichen Parteien ein Initiativantrag eingebracht worden, in dem eine gesetzliche Regelung des Verzehrs mit Mitteln zur Verminderung der Geburten gefordert wird.

Ein fortschrittlicher Antrag zur Wahrung des Beamten-Koalitionsrechtes. Die Abgeordneten Anronjoh und Genossen haben folgenden Antrag eingebracht: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß die gesetzlich zulässigen Vereinigungen von Beamten nicht behindert und insbesondere der Vereinigung Berliner Schulmänner vom Berliner Polizeipräsidenten keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden.

Der Kaiser über die Orenhausfrage und die Wehrsteuer. Zu den Gästen, die zu der gestrigen Feuerwehrgarde vor dem Kaiser geladen waren, gehörte auch Oberbürgermeister Wermuth, der in Begleitung des Stadtordeordnetenvorsitzers Mittelke und des Stadtrates Hamburger für vor 11 Uhr im Magistrateautomobil im Lustgarten vorfuhr. Als die Parade beendet war, wandte sich der Kaiser plötzlich zum Oberbürgermeister Wermuth und zog ihn in ein ausfallendes langes Gespräch, zu dem auch der Stadtordeordnetenvorsitzer Mittelke zugezogen wurde. Im Verlauf dieser Unterhaltung, die der Kaiser wiederholt mit sehr lebhaften Gesten begleitete, kam der Kaiser, wie das „B. T.“ erzählt, auch auf den Bau des Orenhauses und den Hoffmannschen Plan zu sprechen. Der Kaiser sagte, daß er mit dem Entwurf Hoffmanns durchaus einverstanden sei, und daß er sich um die anderen Projekte nicht kümmern. Er sei der Bauherr und er besitze den Bau aus seiner Tasche und deshalb brauche er andere Leute nicht nach ihren Ansichten zu fragen. Dann sprach der Kaiser auch seine Freude über das gute Ergebnis der neuen Steuerdeklarationen aus Anlaß der Wehrsteuer aus. Er fügte scherzend hinzu, daß nun die Städte wenigstens gut Geld haben würden. Er selbst sei übrigens mit gutem Beispiel vorangegangen.

Kurze Anfragen. Die Unglücksfälle auf dem Flugplatz Johannisthal haben die fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Müller-Weinigen, v. Fayer und Dr. Wierem veranlaßt, an den Reichstanzler folgende kurze Anfrage zu richten: „Was gebietet der Herr Reichstanzler zu tun, um die fortgesetzten schweren Unglücksfälle auf dem Flugplatz Johannisthal, der zur Ausbildung von Fliegeroffizieren in hervorragender Weise Verwendung findet, durch entsprechende Maßnahmen, insbesondere durch Verbesserung der ungenügenden Start- und Landungsverhältnisse auf dem Flugplatz zu verhüten? — Die weissen Angehörigen des Eisernen Kreuzes. Es ist allgemein bekannt, daß in Ausführung der Reichsversicherungsordnung auch Eltern, die sich in durchaus gesicherten Vermögensverhältnissen befinden, gezwungen werden sollen, ihre nur in eigenen Betrieben mitarbeitenden, bei ihnen wohnenden Kinder in den Landkrankenkassen zu versichern. Man verlangt solches beispielsweise im Landratskreise Stolzenau (Hannover) von wohlhabenden Hofbesitzern, die zur Wehrsteuer herangezogen sind, oder fordert den Nachweis eines Bahnhofs von mindestens dreitausend Mark für jedes betreffende Kind. Da eine derartige Handhabung der Reichsversicherungsordnung unserer Auffassung nach diesem Gesetz nicht entspricht, so richten wir die Anfrage an den Herrn Reichstanzler, ob er eine derartige Interpretation des Gesetzes für die richtige hält.“

Die Frage der Arbeitslosenversicherung in Sachsen. Die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer hat sich in ihrer letzten Sitzung mit dem vom Plenum bereits behandelten, der Deputation überwiesenen sozialdemokratischen Antrag der sächsischen Arbeitslosenfürsorge beschäftigt, der be-

kanntlich 300 000 Mk. in den Etat zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung einsteilen will. Von einigen für schlichtlich bereit sei, durch einen Nachtrag eine Summe für die Arbeitslosenfürsorge in den Etat einzustellen.

Bauern braucht Geld und greift zur Erbschaftsteuer. Aus München ist berichtet: In der Freitag-Sitzung des Finanzausschusses legte die Staatsregierung den Entwurf eines Gesetzes vor, nach dem zu der Erbschaftsteuer, die nach den Vorschriften des Reichserbschaftsteuergesetzes veranlagt wird, ein Zuschlag von 25 Prozent für die Staatskasse erhoben werden soll. Es wird dabei auf die gleiche Maßnahme in Baden hingewiesen. Die Vorlage, die mit einer Erhöhung von etwa 1,7 Millionen der Mark rechnet, wird begründet mit der erheblichen Steigerung des Staatsvermögens, der Verminderung des Anteils der Bundesstaaten an der Erbschaftsteuer und ein Viertel auf ein Fünftel und dem ganz empfindlichen Rückgang einzelner Staatsgewinne.

Zur Unterstützung der Arbeitslosen in Berlin ist der Magistrat von Berlin dem Beschluß der Stadtordeordnetenversammlung über die Verwendung von 300 000 Mk. zur Gewährung von unverzinslichen Darlehen an Personen betreteten, die infolge des wirtschaftlichen Niederganges vorübergehend in Not geraten sind.

Parteinachrichten.

Der Termin der Reichstagswahl in Zeitzow ist jetzt auch für Freitag, den 20. Februar, festgesetzt worden. In dem „Kreuzblatt“ hieron Mitteilung macht, müßte sie daran die Bestätigung der Reichstagswahl haben auch bereits die Führer der fortschrittlichen Volkspartei in beiden Kreisen bestimmt worden, daß die fortschrittliche Volkspartei gar nicht daran dachte, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten einzutreten.

Die Reichstagspartei dieser Mitteilung muß schon deshalb sehr unangenehm werden, weil zu der Zeit, als die Erklärung der fortschrittlichen Führer erfolgt sein soll, ein Zusammenbruch der fortschrittlichen Partei noch gar nicht vorlag.

Die Vereinigung konservativer Frauen, die am 9. April v. J. gegründet worden ist, hat in Sitzungsaale des Hermannshaus getagt und sich hier unter anderem auch vom Abg. Dr. Dietrich Salin belehren lassen. Als im Konferenzsaal der Hof gehandelt, darüber debattiert wurde, ob eine Vereinigung konservativer Frauen zweckmäßig oder empfehlenswert sei, hat die „Deutsche Tageszeitung“ am 26. März v. J. geschrieben:

Durch die Politisierung der Frau wird wider Willen vielfach eine Bewegung gefördert, die radikalen Emancipations- und falschen Gleichheitsideen entsprungen, in ihrem Teile gewollten, teils ungewollten, jedenfalls tatsächlichen Einfluß ausübend, degenerierend, revolutionär wirkt, wirken muß. Dr. Dietrich Hahn beteiligt sich an dieser revolutionären Arbeit. Daß Herr Dr. Dietrich Hahn nun ungewollt an der Politisierung der Frauen mitarbeiten muß, ist einer der unwillkürlichen Witz, den sich die reaktionären Parteien dieser leisten. Sie glauben zu wissen und sie werden geköhben.

Die Weisen wollen am 18. März in Berlin im Reichstagsgebäude eine Parteitag abhalten. Als Redner sind gemeldet: Rechtsanwalt Martin-Kassel und der Reichstagsabgeordnete Aipers.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Heilpraxen des Kaisers. Der Man einer Korzweife ist am kaiserlichen Hofe ebenfalls ausgeschieden worden. Nach dem am dem kaiserlichen Hofe in Bad Homburg in Anstalt genommene Kassenärztliche Kommando hat sich als feststellend ergeben, daß das Kassenarzt Fräulein Gräfin Maria von Wiedemann in Bad Homburg Aufenthalt nach Wiesbaden zu den Heilpraxen übergeben, um dann auf Schloss Wilhelmshöhe Aufenthalt zu nehmen. Sie in sonst gut unterrichteten Kreisen verläutet, wird der Kaiser während der diesjährigen Kallernarbeiten, an welchen der Kaiser und zwei hauptliche Armeedoktoren beteiligt sind, sein Hoflager in Bad Homburg aufsuchen, während der König von Sachsen in Wiesbaden und der Großherzog von Hessen am Schloss Friedberg verbleiben werden.

Der Präsidenten des Landgerichts Mannheim ist der bisherige Oberlandesgerichtsrat Dr. Nathan Stein ernannt worden. Es ist das der erste Fall, daß in Deutschland ein Jude Gerichtspräsident wird.

Ausland.

Die Kabinettskrisis in Schweden.

Das „Svenska Teleg. Byran“ ist ermächtigt, folgendes mitzuteilen:

Gouverneur Freijer de Geer hat dem König erklärt, er habe, nachdem er die Lage geprüft, gefunden, daß die Voraussetzungen, die er für die Bildung eines neuen liberalen Ministeriums für notwendig erachtet, nicht vorhanden sind. Der König hat unmittelbar darauf den Gouverneur Samarskjöld zu sich rufen lassen und ihm angeboten, das Ministerium zu bilden. Samarskjöld hat mit Rücksicht auf die Lage, die durch die Weigerung der Linken des Reichstages, an der Bildung eines Ministeriums mitzuwirken, entstandene ist, dem König geraten, sich an die Rechte des Reichstages wegen der Bildung eines Ministeriums zu wenden. Der König hat jedoch den Gouverneur Samarskjöld erwidert, die Frage von neuem in Erwägung zu stellen.

Witte rodivius.

Die meisten großen Blätter in Paris, auch solche, die in französisch-russischen Angelegenheiten freimütig zu sein behaupten, haben den „Jahnen“ Mut, den Nachfolger des Herrn Rodzko, Herrn G. de M. in, warm zu begrüßen und ihm nachzurufen, daß er neue Energie und frischeres nationales Leben in die innere Politik Russlands bringen werde. Mit diesen Worten umkreisen sie die bekannten maßlosen und schrittlichen Gesinnungen des Mannes, der zurzeit die Unterstützung der äußersten Reaktion in Russland ist. Die Blätter hingegen, die ihre russischen Nachrichten aus russischen revolutionären Quellen beziehen, äußern die Meinung, daß Herr G. de M. in, vorausgesetzt, daß er sich einige Zeit im Ministerprähium behaupten kann, durch die Gewaltmaßregeln, die er

